

**Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 21. März 2019****Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!****A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE hat folgenden Antrag an die Bürgerschaft (Landtag) gestellt (Drucksache 19/1135):

„Ausbildung und Studium sollen gleichwertige Bildungsalternativen sein. Dies ist sowohl eine Frage der sichtbaren Anerkennung und Aufwertung der beruflichen Ausbildung, als auch eine soziale Frage. Denn Auszubildende unterscheiden sich von Studierenden nicht in ihren Bedürfnissen nach Wohnen, Freizeit, guten Ausbildungsbedingungen, Mobilität. In diesem Sinne hat die Bürgerschaft (Landtag) im April 2017 beschlossen, das Begrüßungsgeld für Studierende zukünftig auch an Auszubildende auszu zahlen.

Im öffentlichen Nahverkehr kann bislang jedoch von der gewünschten Gleichstellung nicht die Rede sein. Alle Studierenden im Land Bremen erwerben mit dem Semesterbeitrag das Semesterticket. Für 27,82 Euro im Monat sind Studierende damit im gesamten VBN- (Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen), VEJ- (Verkehrsverbund Ems-Jade) und VGC- (Verkehrsgemeinschaft Landkreis Cloppenburg) Gebiet mobil – von Rotenburg bis zur niederländischen Grenze, von Diepholz bis nach Cuxhaven. Und der Nachtzuschlag ist auch schon drin. Auszubildende dagegen bezahlen 46,50 Euro für das Schüler- und Azubi-Ticket der BSAG (Bremer Straßenbahn AG) (Zone 1). Und wenn Auszubildende und Studierende nach der Kneipe, dem Kino oder der Disco zusammen mit der BSAG heimfahren, dann zahlen die Auszubildenden den Nachtzuschlag, die Studierenden nicht.

Ursache ist, dass Studierende die günstigen Konditionen aufgrund eines Großkundenrabatts und der Beteiligung aller Studierenden erhalten. Im Prinzip handelt es sich um ein abgabenfinanziertes ÖPNV-System (Öffentlicher Personennahverkehr) ähnlich wie beim ticketfreien Nahverkehr. Dieses Modell ist für Auszubildende nicht unmittelbar übertragbar. Dennoch hat die ungleiche Situation im Nahverkehr eine negative Ausstrahlung auf die gewünschte Gleichstellung.

Es liegt daher im bildungspolitischen Interesse, Bremen auch dadurch für Auszubildende attraktiv zu machen, dass sie zu vergleichbaren Bedingungen wie Studierende Bus und Straßenbahn fahren. In vielen Städten und Bundesländern wird derzeit über neue, kostengünstigere Azubi-Tickets debattiert, in einigen sind sie bereits beschlossen oder eingeführt. Ein solcher Schritt ist auch für Bremen und Bremerhaven an der Tagesordnung. Denn die „ausbildungsbedingte finanzielle Bedürftigkeit“, die das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2000 für Studierende festhielt (1 BvR 1510/99), gilt für Auszubildende nicht weniger.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Verhandlungen mit BSAG und BremerhavenBus mit dem Ziel aufzunehmen, den Preis des Azubi-Tickets auf einen mit dem Semesterticket vergleichbaren Preis zu senken, und dabei auch die Option eines öffentlichen und/oder betrieblichen Zuschusses einzubeziehen;
2. sich gegenüber der BSAG dafür einzusetzen, dass Auszubildende mit dem Azubi-Ticket keinen Nachzuschlag mehr zahlen;
3. sich gegenüber VBN, BSAG und BremerhavenBus dafür einzusetzen, dass Auszubildende sich mit dem Azubi-Ticket auch zwischen Bremen und Bremerhaven ohne Aufpreis bewegen können;
4. der Bürgerschaft bis Jahresende über den Stand der Verhandlungen zu berichten.“

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 24. Januar 2018 diesen Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen.

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat in ihrer Sitzung am 21. März 2019 den Antrag beraten und gibt folgenden Bericht ab:

B. Sachdarstellung

Innerhalb von nur sieben Jahren hat sich der Anteil der Auszubildenden an den Gesamtbeschäftigten mehr als halbiert. Das birgt die Gefahr, dass langfristig weniger Fachkräfte beruflich qualifiziert werden als die Betriebe benötigen. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass alle Akteure verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, die Ausbildung als Bildungsalternative zu stärken.

Bereits heute können Auszubildende im Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen von preisreduzierten Tickets profitieren.

Sie können als Berufsschüler

- die Wochen- und Monatstickets für Schülerinnen und Schüler nutzen, die gegenüber den Tickets für Erwachsene um rund 25 Prozent rabattiert sind. So kostet ein Monatsticket der Preisstufe I Bremen für Erwachsene 66,30 Euro, das entsprechende Schülerticket 48,30 Euro);

und sie können über ihren Arbeitgeber

- Jobtickets für Auszubildende nutzen, die je nach Firmengröße gegenüber einem Schülermonatsticket um bis zu 23,5 Prozent rabattiert sind. So kostet ein Jobticket der Preisstufe I Bremen für Auszubildende in der höchsten Rabattstufe 37,20 Euro.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an dem oben dargestellten Angebot ist, dass für die Schülerinnen und Schüler und für Auszubildende, in deren Betrieb es kein Jobticket gibt, kein preislich attraktives Jahresabonnement angeboten wird. Der ZVBN (Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen) und der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr haben sich daher Mitte 2018 an den VBN gewandt und darum gebeten, ein Konzept für ein Schülerabonnement zu entwickeln. Nachdem sich in der öffentlichen Diskussion zeigte, dass auch für andere junge Nutzergruppen ein Bedarf nach einem entsprechenden Ticketangebot besteht, hat man sich darauf verständigt, neben den Schülerinnen und Schülern auch Auszubildende und Freiwillige im Freiwilligendienst in die Zielgruppe aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund hat der VBN mit der Konzeption eines „Jugendtickets“ begonnen. Dabei wird ein integrierter Ansatz für die Zielgruppen der Schülerinnen und Schüler, der Auszubildenden und der Freiwilligen

im Freiwilligendienst verfolgt, der eine Abonnement-Lösung zu attraktiven Konditionen und einfachen Bedingungen zum Ziel hat. Dieses Angebot soll preislich so gestaltet werden, dass darüber mehr Fahrgäste in den genannten Zielgruppen für den ÖPNV gewonnen werden.

Derzeit werden vom VBN die folgenden Alternativen untersucht:

Alternative 1

Die Alternative 1 sieht analog zum Angebot für Erwachsene, das unter dem Namen Mobil im Abo (MIA) angeboten wird, die Ausgabe eines Jahresabonnements für Jugendliche (Arbeitstitel MIA Junior) vor. Kennzeichen dieser Alternative sind

- preisstufenabhängiges Jugendabo mit einer Rabattierung in Höhe von 25 Prozent Rabatt gegenüber dem MIA-Ticket für Erwachsene. Für die Preisstufe I Bremen ergibt sich so ein Preis des Jugendabos von 495,00 Euro/Jahr (41,25 Euro/Monat);
- Personengebundenheit;
- keine Übertragbarkeit;
- keine Sperrzeit;
- inklusive Nachtlinienzuschlag;
- Gültigkeit das ganze Jahr, auch in den Ferien ohne Ausnahme;
- Anspruchsberechtigt: Schüler, Azubis, Freiwillige im Freiwilligendienst et cetera.

Begleitend wird zu dieser Variante untersucht, ob analog zum MIA-Erwachsenenticket auch eine „Plus“-Variante mit einem moderaten Aufpreis angeboten werden kann. Diese würde als Zusatznutzen die verbundweite Nutzung an Feiertagen und Wochenenden und gegebenenfalls weitere spezifische Zusatznutzen für junge Menschen beinhalten.

Alternative 2

Wesentliches Merkmal der Alternative 2 ist der Verzicht auf Preisstufen. Das heißt, analog zum Semesterticket kann für einen Pauschalpreis das gesamte Angebot des VBN genutzt werden.

- Verbundweites Jugendabo zum Preis von zum Beispiel 365,00 Euro (30,40 Euro pro Monat) im Jahr
- Personengebundenheit
- keine Übertragbarkeit
- keine Sperrzeit
- inklusive Nachtlinienzuschlag
- Gültigkeit das ganze Jahr, auch in den Ferien ohne Ausnahme
- gegebenenfalls weitere zielgruppenspezifische Nutzen
- Anspruchsberechtigt: Schüler, Azubis, Freiwillige im Freiwilligendienst et cetera

Der für die Alternative 2 genannte Preis von 365,00 Euro pro Jahr orientiert sich an den derzeit in anderen Regionen angebotenen Tickets ähnlicher Ausprägung. In Abhängigkeit von den für die Einführung dieses Tickets zur Verfügung stehenden Finanzmitteln kann der Preis auch nach oben oder unten abweichen.

Alternative 3

Bei der Alternative 3 handelt es sich um ein Angebot, das ausschließlich auf die Stadtgemeinde Bremen beschränkt ist. Eine Anpassung der Tarife

im übrigen VBN-Gebiet wird dabei nicht unterstellt. In der Ausprägung entspricht dieses Ticket der Alternative 1, wird jedoch zu einem Preis von 365,00 Euro statt 495,00 Euro pro Jahr angeboten.

Die Ausweitung dieses Modells auf das Land Bremen wird nicht für zweckmäßig gehalten, da es den verkehrlichen Verflechtungen der beiden Städte Bremen und Bremerhaven mit ihrem niedersächsischen Umland nicht gerecht würde und auch dem Gedanken des Verkehrsverbundes Bremen/Niedersachsen widersprechen würde. Hier bieten die Alternativen 1 und 2 die besseren Lösungen.

Diese vom VBN entwickelten Alternativen gehen teilweise über die Kernforderungen der Antragsteller hinaus, da die Alternativen 1 und 2 das gesamte Gebiet des VBN umfassen und nicht auf das Land Bremen beschränkt sind.

Derzeit werden die oben vorgestellten Alternativen vom VBN weiter ausgearbeitet und bewertet. Bei der Bewertung müssen unter anderem die folgenden Aspekte berücksichtigt werden:

- Finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen der Verkehrsunternehmen bei einer Absenkung der Tarife
- Auswirkung auf andere Ticketangebote für die Zielgruppen wie zum Beispiel das Jugendfreizeiticket oder das Schülerferienticket
- Kompatibilität mit dem niedersächsischen Modell der Schülersammlertickets, mit denen die Schulträger die kostenfreie Beförderung der anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler im ÖPNV sicherstellen.
- Kompatibilität mit den Regelungen über staatliche Ausgleichszahlungen für preisreduzierte Fahrausweise des Schul- und Ausbildungsverkehrs nach § 45a Personenbeförderungsgesetz und § 7a Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz.
- Durchführung der Einnahmeverteilung im VBN

Die zuvor dargestellten Alternativen werden im Verlauf des Jahres 2019 konkretisiert, finanziell bewertet und den zuständigen Gremien zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

C. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 19/1135 abzulehnen.

Jürgen Pohlmann
(Vorsitzender)